

# Abgeordnetenhaus B E R L I N

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung**

71. Sitzung

13. September 2021

Beginn: 09.04 Uhr  
Schluss: 10.50 Uhr  
Vorsitz: Martin Trefzer (AfD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

#### **Aktuelle Viertelstunde**

**Adrian Grasse** (CDU) fragt, welche Maßnahmen der Regierende Bürgermeister unternehme, um den Pflegestreik an Charité und Vivantes zu beenden.

**Regierender Bürgermeister Michael Müller** antwortet, obwohl das Land nicht der Verhandlungspartner sei, werde er täglich über den Verhandlungsstand informiert und suche auch das Gespräch mit den Beschäftigten. Alle Beteiligten teilten das Ziel, die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern, und seitens der Charité und Vivantes gebe es Angebote und Kompromissbereitschaft. Verdi habe aber sowohl Verhandlungen, eine Notdienstvereinbarung als auch das Angebot, eine Schlichtung einzuschalten, abgelehnt. Verhandlungen seien aber essenziell, um Ergebnisse zu erzielen.

**Catherina Pieroth-Manelli** (GRÜNE) weist darauf hin, dass sich der Streik negativ auf die Versorgung von Akutpatient/-innen auswirke und bald gelöst werden müsse. Die Bundestagswahl könne genutzt werden, um über die Bundesebene die Finanzierung zu sichern. Forderungen der Grünen auf Bundesebene seien eine 50-prozentige Übernahme der Investitionsmittel durch den Bund, bzw. die Nutzung von Mitteln aus dem Programm Gesundheitsstadt

Berlin 2030, um den Finanzbedarf besserer Arbeitsbedingungen und damit einer besseren Versorgung zu decken.

**Regierender Bürgermeister Michael Müller** unterstreicht, dass es legitim sei, wenn eine Gewerkschaft den Zeitpunkt der Wahlen zum Vorteil nutze, dennoch müsse es auch Verhandlungen geben. Es gebe gute Angebote, aber bei der Gegenseite nur eine geringe Gesprächsbereitschaft. Es sei nicht förderlich, dass eine externe GmbH den Streik organisiere. Der Hinweis auf die anstehenden Wahlen sei unnötig.

**Catherina Pieroth-Manelli** (GRÜNE) widerspricht, dass sie für das Wahlprogramm der Grünen habe werben wollen, sondern Lösungen vorgeschlagen habe. Die anstehenden Koalitionsgespräche eröffneten auch auf Bundesebene Möglichkeiten einer besseren Krankenhausfinanzierung.

**Regierender Bürgermeister Michael Müller** pflichtet bei, das seien Lösungsmöglichkeiten.

**Stefan Förster** (FDP) merkt an, die Berliner Hochschulpräsidien hätten erneut Kritik an der BerlHG-Novelle geäußert, da die Mehrkosten höher ausfallen könnten als angenommen. Plane die SKzL, das finanziell zu kompensieren, und was sei der Stand der Beratungen mit den Hochschulen zur Umsetzung des Gesetzes?

**Regierender Bürgermeister Michael Müller** antwortet, die SKzL gehe davon aus, dass die Mehrkosten geringer seien, als von den Hochschulen befürchtet. Gegebenenfalls werde die Politik unterstützen.

**Stefan Förster** (FDP) fragt, ob die möglichen Mehrkosten objektiv erhoben werden könnten, um eine Verhandlungsgrundlage zu haben.

**Staatssekretär Steffen Krach** (SKzL) merkt an, im Vorfeld der Hochschulvertragsverhandlungen seien höhere Kostenvoranschläge seitens der Hochschulen zu erwarten, aber wie bisher werde es wieder eine Einigung geben.

**Tobias Schulze** (LINKE) erinnert, dass die LKRP zugesagt habe, eine Kostenaufstellung zu übersenden. Diese sei bisher nicht übermittelt worden, daher sei die Berechnungsgrundlage der Hochschulen unbekannt.

**Vorsitzender Martin Trefzer** bestätigt, das Ausschussbüro habe ebenfalls keine Aufstellung erhalten.

**Staatssekretär Steffen Krach** (SKzL) ergänzt, dass auch der SKzL keine neueren Unterlagen zur Verfügung stünden und daher die Verhandlungen abzuwarten seien.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

**Bericht des Senats**

Kein Berichtsbedarf.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Bilanz und Herausforderungen der Berliner  
Wissenschaftspolitik**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die  
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0154](#)  
WissForsch

**Tobias Schulze** (LINKE) erläutert, am Ende der Legislaturperiode sei es geboten, eine Bilanz des Erreichten zu ziehen und anstehende Herausforderungen der nächsten Legislaturperiode zu besprechen.

**Regierender Bürgermeister Michael Müller** führt aus, durch Investitionen und Initiativen sei es in der letzten Legislaturperiode gelungen, Forschung und Wissenschaft vor allem im Medizin- und Gesundheitsbereich zu stärken. Dies sei nicht zuletzt der konstruktiven Arbeit des Ausschusses zu verdanken. Der Erfolg zeige sich auch im wieder gestiegenen Interesse in Öffentlichkeit und Medien. Auch die Pandemie habe gezeigt, dass die Wissenschaft ein wichtiges Standbein in Berlin sei, das weitere Chancen habe.

Die Ansiedlung des Ressorts für Wissenschaft und Forschung beim Regierenden Bürgermeister habe die Finanzierung oftmals erleichtert, und es sei gelungen, die Hochschulen und die Charité finanziell besser auszustatten. In den Hochschulverträgen sei eine Steigerung der Grundfinanzierung der Hochschulen und der Charité von 3,5 Prozent vereinbart worden, was zu einem Plus von 760 Mio. Euro geführt habe. Außerdem betrage der investive Haushalt knapp 5 Mil. Euro auch für Neubauten, der höchste Wert seit Jahrzehnten. Damit gelinge es, auch Spatenforscher für Berlin zu interessieren. – Wichtig sei auch eine Schwerpunktsetzung, da eine Differenzierung im weltweiten Wettbewerb wenig erfolgreich sei. Berlin sei im Bereich Gesundheit/Medizin stark, nicht zuletzt auch aufgrund der Hilfe des Bundes. Dieser habe etwa das Berlin Institute of Health mit 70 Mio. Euro gefördert, und es sei einzigartig, dass der Bund eine Institution in einem einzigen Bundesland dauerhaft fördere. Die Integration in die Charité sei ebenfalls gelungen, ebenso die Neuaufstellung des Vorstands und Aufsichtsrats der Charité. Ebenso seien das Max-Delbrück-Centrum und das Deutsche Herzzentrum Beispiele für erfolgreiche Institute in diesem Bereich.

Weitere Zukunftsorte der Wissenschaft abseits des medizinischen Bereichs seien das Naturkundemuseum, die Siemensstadt und die Ansiedlung von Fraunhofer-Instituten, der Beuth-Hochschule und der Feuerwehrakademie in Tegel. Beim Naturkundemuseum werde durch die Investition von 600 Mio. Euro von Bund und Land und den Neubau weitere Räume für die Ausstellung und Forschung ermöglicht. Die starke Wissenschaft in Berlin sei auch maßgeblicher Grund für die Siemensstadt gewesen, da das Unternehmen eine Schnittstelle zur TU und einen eigenen Wissenschaftscampus in der Siemensstadt wolle. – Mit 2 Mio. Euro für das

Climate Change Center stärke das Land auch die Klima- und Umweltwissenschaften, und der berlinweite Universitätsverbund habe ebenfalls einen Schwerpunkt in Klima- und Umweltpolitik.

Investitionen in Wissenschaft und Forschung hätten auch sich selbst verstärkende Effekte. Zum Beispiel seien nach Ansiedlung der WHO in Berlin auch die Bill-&-Melinda-Gates-Stiftung und der Wellcome Trust auf Berlin zugekommen. Das bestätige den eingeschlagenen Weg, sei aber auch bedrückend, da es auch zeige, dass diese Initiativen an ihren ursprünglichen Standorten, auch in Partnerländern, nicht mehr frei forschen könnten. Es sei aber zu hoffen, dass es gelinge, diese Initiativen auszubauen, da gerade der Medizin- und Gesundheitsbereich noch mehr Möglichkeiten biete. Dass 50 Prozent der Patientenversorgung in Landeshand sei, verlange zwar Investitionen, sei aber auch eine Chance, wie die Coronapandemie gezeigt habe. Charité und Vivantes seien bundesweite Partner gewesen, die Charité habe auch das Patientenverteilssystem gesteuert, und andere Bundesländer hätten sich an Berlin orientiert.

Auf der Bundesebene seien jedoch Chancen ungenutzt geblieben. Im Bundesrat habe es trotz der Berliner Initiative keine Mehrheit gegeben, die Studierenden mit einem rückzahlungsfreien BAföG, besseren Fördersätzen und einem Wohnkostenzuschuss auszustatten. Mit einer Naturwissenschaftlerin als Kanzlerin habe es auch die Möglichkeit gegeben, den Standort Deutschland im Bereich Wissenschaft und Forschung voranzubringen. Dies sei aber im Bundeskabinett versäumt worden. Deutschland müsse den Anspruch haben, bei den Themen KI, Digitalisierung, Patientenversorgung und einer besserern Krankenhausfinanzierung führend zu sein.

## #BRAIN CITY BERLIN WÄCHST

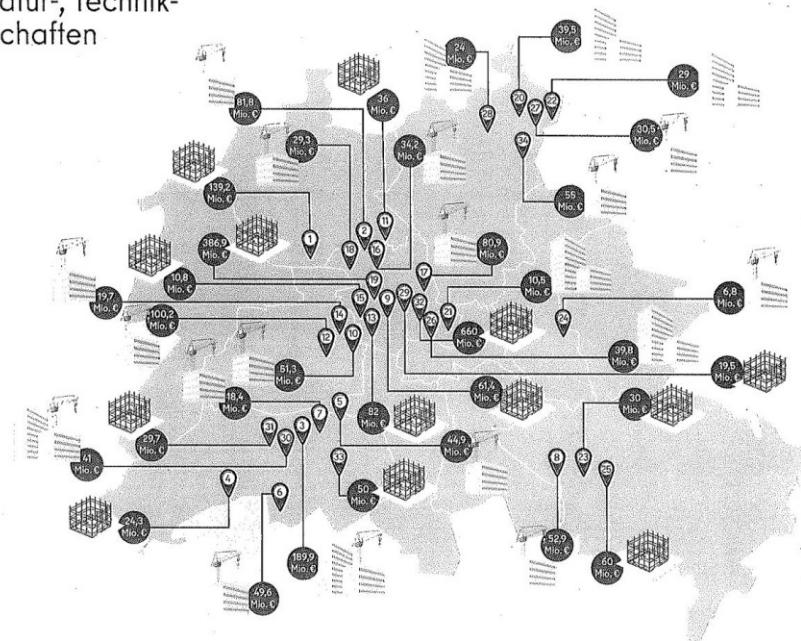
Bauvorhaben für Natur-, Technik- und Lebenswissenschaften

Größere Bauprojekte, die vom Land, Bund oder Bund/Land finanziert werden und in Planung, im Bau oder fertiggestellt sind (Stand Februar 2021).

in Planung

im Bau

fertiggestellt



## #BRAIN CITY BERLIN WÄCHST

PROJEKT	GESAMT-KOSTEN	PLANUNGS-STAND	FACHRICHTUNG
<b>BERLINER HOCHSCHULE FÜR TECHNIK</b>			
1 Campus Teltow, Universitäts-Terrain I <sup>st</sup> des Hochhauses Tegel für das Komplexcluster Urbanes Technologie	139,2 Mio. €	in Planung	Urbanes Technologie
2 Wedding Advanced Laboratory (HAL) Neues Lehrgebäude für lebens- und naturwissenschaftliche Studiengänge	81,0 Mio. €	im Bau	Bioteknologie, Chemie
3 Gründungsbau des Instituts für Chemie Sanierung von zwei Gebäudenkomplexe	189,9 Mio. €	im Bau, fertiggestellt	Chemie
4 Institut für Lebensmittelhygiene und -sicherheit Neues Labor und Lehrgebäude	24,3 Mio. €	in Planung	Lebensmittelhygiene, -sicherheit
5 SuproFAB - Supermolekulare Funktionalen Architekturen an Biogrenzflächen Neubau für die Fachgebiete Biologie, Chemie, Physik	44,5 Mio. €	im Bau	Lebenswissenschaft
6 Tiermedizinisches Zentrum für Rebstaforschung (TZR) Neubau für die Institute für Tier- und Umwelthygiene sowie Mikrobiologie und Tierärzten	49,6 Mio. €	im Bau	Rebstaforschung
7 Wissenschaftsgebäude für Biodiversität Fakultät für Biowissenschaften Berlin und Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Biomatenschaf Neubau für Biodiversitätsforschung	18,4 Mio. €	im Bau	Biodiversität
<b>HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN</b>			
8 IBBS - Forschungsbau Hydronautik für Elektrotek., Optoelektronik und Photonik am Integrative Research Center for the Sciences Neubau für die Institute für Chemie und Physik	52,9 Mio. €	im Bau	Elektrotek., Optoelektronik, Photonik
9 Zentrum für Optobiologie Neubau für den Fachbereich Biologie	61,4 Mio. €	in Planung	Optobiologie
<b>TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN</b>			
10 IM2S - Interdisziplinäres Zentrum für Modellierung und Simulation Neubau für interdisziplinäre modell- und simulationsbasierte Forschung	51,3 Mio. €	im Bau	Modellierung, Simulation
11 Lehr- und Lehrgebäude für die Institute für Biotechnologie und Gedenkstätte für eine Zusammeneinigung der Institute Neubau für die Institute für Chemie und Physik	36 Mio. €	in Planung	Bioteknologie, Lebenswissenschaft
12 Mathematikgebäude Neubau für den Fachbereich Mathematik	100,2 Mio. €	im Bau	Mathematik
13 Nanophysikgebäude Neubau für den Fachbereich Nanophysik	82 Mio. €	in Planung	Nanophysik
14 Sanierung des Gebäudes für Technische Chemie Fassadenerneuerung des Gebäudes mit Chemie- und Loserlabora	19,7 Mio. €	im Bau	Technische Chemie
15 Zentrum für Vorgängerprojekte der Green Chemistry Neubau mit Laboren und Büros für Ausgründungen und Start-ups	10,8 Mio. €	in Planung	Grüne Chemie
16 Der Simeon-Haus (SiM) C-Center für Medien und Informationstechnologie	34,2 Mio. €	im Bau	Bio-, Medientechnologie
<b>CHARITÉ - UNIVERSITÄTSMEDIZIN BERLIN</b>			
17 Ambulanz-, Transfusions- und Innovationszentrum (ATIZ) Umbau eines Hochbaukomplexes für ein Forschungsgebäude für Charité und Berlin Institute of Health sowie Hochschulambulanzes	80,9 Mio. €	im Bau	Medizin
18 Berlin Center for Advanced Therapies (BeCAT) Neubau für die Erforschung von Arzneimitteln und Innovative Therapie-Methoden in der Medizin	29,3 Mio. €	im Bau	Regenerative Medizin, Hörmeflogie, Onkologie
19 Deutsches Herzzentrum der Charité (DHZC) Neubau für die Herzärzte des Charité und des Deutschen Herzzentrums Berlin mit Flächen für Diagnostik, Therapie und Pflege			
20 Forschungseinrichtung für Experimentelle Medizin (FEM) Neubau für die Experimentelle Medizin	39,5 Mio. €	fertiggestellt	Experimentelle Medizin
21 Forschungshaus Nephrologie, Endokrinologie und Kardiologie Sanierung eines denkmalgeschützten Forschungsgebäudes für Charité und Berlin Institute of Health	10,5 Mio. €	fertiggestellt	Interne Medizin
22 Max-Delbrück-Zentrum für Molekulare Medizin Max-Delbrück-Zentrum für Molekulare Medizin und das Max-Delbrück-Zentrum für Molekulare Medizin	29 Mio. €	fertiggestellt	Vaskuläre Biomedizin
<b>DEUTSCHES ZENTRUM FÜR LUFTH- UND RAUHMARHT</b>			
23 Erweiterung und Erneuerung für die Institute für Antriebstechnik und Verkehrsforschung Neubau für die Institute für Antriebstechnik und Verkehrsforschung	30 Mio. €	in Planung	Antriebstechnik, Verkehr
<b>FORSCHUNGSGESELLSCHAFT BERLIN</b>			
24 Leibniz-Institut für Zoo- und Wildforschung Leibniz-Institut für Zoo- und Wildforschung	6,8 Mio. €	im Bau	Biologische und Lebenswissenschaften
<b>HEILHOTZ-ZENTRUM BERLIN FÜR MATERIALIEN UND ENERGIE</b>			
25 Verlagsgebäude Adlershof Neubau zur Förderung Innoventiv Energietechnologien	60 Mio. €	in Planung	Energietechnologie
<b>MAX-DELBRÜCK-CENTRUM FÜR MOLEKULÄRE MEDIZIN IN DER HELMHOLTZ-GEMEINSCHAFT</b>			
26 Berlin Institute of Medical Systems Biology (BIMSB) Neubau für die Biomedizin und personalisierte Medizin des Zukunft	39,8 Mio. €	fertiggestellt	Medizinische Systembiologie
27 Optical Imaging Center and Key-Elektronenmikroskop Neubau eines Forschungsgebäudes für die optische Mikroskopie	30,5 Mio. €	im Bau	Mikroskopie, Biophysik
28 Predictive Research Center (PRC) Neues Laborgebäude für molekulare Medizin	24 Mio. €	fertiggestellt	Präklinische Forschung
<b>MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT</b>			
29 Max-Planck-Forschungszentrale „Wissenschaft der Pathogenen“ Laborneubau und Sanierung eines Gebäudes	19,5 Mio. €	in Planung	Pathogenen
30 Max-Planck-Institut für molekulare Genetik Neubau für das Institutsgebäude und Sanierung	41 Mio. €	im Bau, fertiggestellt	Molekulare Genetik
31 Max-Planck-Institut für molekulare Genetik Neues Laborgebäude	29,7 Mio. €	in Planung	Hochfaktore Genetik
<b>MUSEUM FÜR NATURKUNDE - LEIBNIZ-INSTITUT FÜR EVOLUTIONS- UND BIODIVERSITÄTSFORSCHUNG</b>			
32 Wissenschaftskomplex für Natur und Gesellschaft Chancen für das Museum und Corpus für Evolutionsschichten, Wissenschaft und Open Science gemeinsam mit der Humboldt-Universität zu Berlin	64,0 Mio. €	in Planung	Lebenswissenschaften
<b>GRÜNDUNGSZENTRUMEN</b>			
33 FBIC - Business and Innovation Center next to Freie Universität Campus Berlin für Bio- und Technologie- und Gründerangebote an den Freien Universität Berlin durch die WISTA Management GmbH	50 Mio. €	in Planung	Gründungszentrum Bio- und Technologie
34 BerlinBioCube Neubau eines Life-Science-Gründungszentrum für Biotech- und Medtech-Unternehmen durch die Composis Berlin-Reich GmbH	55 Mio. €	im Bau	Gründungszentrum Life Science

Diese Übersicht enthält eine Auswahl der größten Bauprojekte in den Bereichen Leben-, Natur- und Technikwissenschaften, die in Berlin aktuell entstehen oder seit 2017 bereits realisiert wurden. Aufgeführt sind Vorhaben, die mit Mitteln des Landes Berlin oder des Bundes realisiert werden, sowie gemeinsame Bund-Land-Bewillbungen.

**Dr. Ina Maria Czyborra** (SPD) unterstreicht, dass es in dieser Legislaturperiode gelungen sei, einen Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung von Wissenschaft in Berlin zu erreichen. Die Liste an Investitionen und Bauvorhaben sei beeindruckend, ebenso der Ausbau der Akademisierung der Gesundheits- und Pflegeberufe und der Lehrkräftebildung. Wissenschaft werde nicht mehr als Kostenfaktor wahrgenommen, sondern als wirtschaftliche und gesellschaftliche Chance, Firmen und junge Menschen nach Berlin zu holen. Letztere seien angesichts des demografischen Wandels notwendig, um das hohe Versorgungsniveau aufrechtzuhalten. Daher sei dem Senat für seinen Einsatz für die Wissenschaft zu danken. Bei den Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler/-innen habe sich Berlin ebenfalls eingebbracht, aber für die Studierenden und dem Akademischen Mittelbau brauche es auf der Bundesebene verstärkte Anstrengungen. Es sei zu hoffen, dass die Bedeutung der Wissenschaft für Berlin weiterhin bewusst bleibe.

**Eva Marie Plonske** (GRÜNE) betont, die Koalition habe viel erreicht, auch die Zusammenarbeit im Ausschuss sei stets konstruktiv gewesen. Auch harte Debatten hätten immer das Ziel gehabt, die Wissenschaft in Berlin zu stärken. Es sei deutlich geworden, dass die jährliche Steigerung des Globalhaushalts um 3,5 Prozent den Hochschulen die Freiheit gegeben habe, positive Entwicklungen voranzutreiben. Die solide finanzielle Grundlage habe geholfen, den Konkurrenzgedanken der Hochschulen zu überwinden, und die verstärkte Zusammenarbeit der Hochschulen, etwa in der BUA ermöglicht. – Ebenfalls gestärkt worden seien die SAGE-Fächer, etwa mit dem Aufbau von Hebammenstudiengängen an zwei Standorten. Das Climate Change Center und das BIH stärkten ebenfalls die Vielfalt des Standorts. Die Harmonisierung dieser derzeit parallel laufenden Prozesse werde in Zukunft eine Aufgabe sein. Ein Anliegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei es, die Forschung zur sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu stärken. Aufgrund der Pandemie sei es aber trotz vorhandener Mittel nicht gelungen, ein Forum zur Kommunikation zwischen Gesellschaft und Politik aufzubauen.

In der Pandemie sei es dank der Arbeit des Staatssekretärs Krach und der hochschulübergreifenden Taskforce gelungen, größere Schäden am Hochschulbetrieb abzuwenden. Für die Studierenden habe es ein schnelles Überbrückungsangebot gegeben, auch die Einführung der digitalen Lehre sei unterstützt worden. Das Gelingen der digitalen Lehre sei auch ein Verdienst des Einsatzes der Lehrenden, der Studierenden sowie der Verwaltung gewesen. Die folgende Koalition habe die Aufgabe, den Präsenzbetrieb wiederherzustellen und die Hochschulverträge zu verhandeln. Die Fortschreibung der 3,5 Prozent Steigerung durch den Senat sei hilfreich, aber es brauche mehr.

Ein Punkt, der der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wichtig gewesen sei, sei die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit mehr unbefristeten Stellen in der Wissenschaft gewesen. Dies sei gelungen und stärke die internationale Wettbewerbsfähigkeit, den Austausch und verbessere die Personalplanung in den Hochschulen. Das habe hoffentlich einen Vorbildcharakter für weitere Bundesländer und der neuen Bundesregierung. Ebenfalls sei es gelungen, die strategische Auseinandersetzung darüber, was Wissenschaft im Bereich der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit leisten solle, zu stärken. Die Folgerungen der Novelle müssten in der neuen Legislaturperiode in den Hochschulvertragsverhandlungen, der Kapazitätsverordnung und der Lehrverpflichtungsverordnung aufgegriffen werden, ebenso die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie die Entwicklung der Promotionen an den HAWs. Die neue Landesregierung müsse sich auf Bundesebene auch für eine Verbesserung des Studien-

finanzierungssystems einsetzen. Gerade für Berliner Studierende sei dies wichtig, da diese häufig durch die Eltern nicht finanziell unterstützt werden könnten.

**Tobias Schulze** (LINKE) unterstreicht, die Zusammenarbeit zwischen Senat und Ausschuss sowie im Ausschuss untereinander sei stets gut gewesen. Auch in der Pandemie habe es einen nicht selbstverständlichen guten Informationsfluss sowie die Möglichkeit der Beteiligung gegeben. In der Legislaturperiode sei der Wissenschaftsstandort Berlin bei den Studierendenzahlen und der Finanzierung gewachsen, und es habe wichtige strukturelle Veränderungen, etwa beim BIH und dem Herzzentrum, gegeben. – Die Fortschreibung der 3,5 Prozent Steigerung sei wichtig, da es den Hochschulen finanzielle Sicherheit gebe. Die Folgeregierung müsse dies beibehalten, um Lohnzuwächse, Gestaltungsspielräume und die Zukunftsfähigkeit des Standorts abzusichern. Eine weitere Aufgabe werde sein, Synergien und Kooperationen zwischen der BUA und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu schaffen. Dies könne die Hochschulen stärken, da das deutsche Säulenmodell in der Wissenschaft nicht zukunftsfähig und international ohne Äquivalent sei. – Ein langsameres Wachstum der Studierendenzahlen der unterfinanzierten HAWs halte, aufgetretene Probleme der Qualität der Lehre durch mehr Lehrpersonal zu verbessern.

Die Charité werde ebenfalls ein Thema der nächsten Legislaturperiode bleiben, da es neben vielen positiven Entwicklungen auch Verbesserungsmöglichkeiten gebe. Gut sei, dass die Charité bei Fragen der Gesundheitsfinanzierung, Tarifverträge sowie Personalbemessungsgrundlagen Vorreiter sei und Signalwirkung für die Bundesrepublik habe. Gerade auf Bundesebene brauche es gesetzliche Reformen. Offene Aufgaben seien die Digitalisierung der Patientendaten und eine stärkere strukturelle Verbindung und Abstimmung zwischen den Unternehmen Vivantes und Charité, möglichst ohne Verlust an Bettenkapazität.

Die Wissenschaftsverwaltung sei personell angewachsen, aber noch befristete Stellen müssten verstetigt werden, um die angesprochene Bedeutung der Wissenschaft für Berlin auch personell zu unterstreichen. Die BerlHG-Novelle halte die Hochschulen zur Personalentwicklung und -planung an, um die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft zu verbessern. Die bisher flexible Personalplanung sei bewusst beschränkt worden, um Nachwuchswissenschaftler/-innen anzuwerben und international Wettbewerbsfähigkeit zu bleiben. Die Politik könne die Hochschulen bei der Suche nach Ideen zur Umsetzung unterstützen. – Die bisherigen Leitzahlen der Berliner Wissenschaftspolitik, die Studierendenzahl und die eingeworbenen Dritt- und Bundesmittel, müssten zukünftig durch eine strategische Forschungs- und Entwicklungspolitik ergänzt werden. Es brauche einen Austausch zwischen der Politik und Wissenschaft über die Ziele der nächsten zehn Jahre bezüglich möglicher Impulse, Kooperationen, inhaltlicher Schwerpunktsetzung, dem Verhältnis zu den außeruniversitären Institutionen und der Rolle der verschiedenen Hochschularten. Es sei zu begrüßen, dass die die Senatsverwaltung zur Diskussion dieser Fragen bereits eine Stelle geschaffen habe.

**Dr. Turgut Altug** (GRÜNE) vertritt die Meinung, dass der Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklungen und Umweltbildungsmaßnahmen ebenfalls der SKzL unterstellt werden müsse. Institutionen wie der Botanische Garten und das Naturkundemuseum, die das durchführten, seien gestärkt worden, aber es gebe noch weitere Bedarfe.

**Adrian Grasse** (CDU) stellt heraus, neben guten Ergebnissen gebe es auch Kritik und zukünftige Herausforderungen. Die Unterstellung der Wissenschaftsverwaltung unter den Re-

gierenden Bürgermeister sei richtig und die Arbeit der Verwaltung sehr gut gewesen. Auf Anfragen sei ausführlich und zeitnah geantwortet worden. Die Wissenschaft sei ein wertvolles Asset in Berlin, und es sei gelungen, dass dies in der Öffentlichkeit auch wahrgenommen werde. – Die eigentlich gute Bilanz der Legislaturperiode werde durch die BerlHG-Novelle jedoch beeinträchtigt. Die Hochschulleitungen kritisierten das Gesetz, und die Schätzungen der Mehrkosten von SKzL und den Hochschulen lägen mit 10 bzw. 30 Mio. Euro weit auseinander. Es gebe berechtigte Sorgen, dass das sowie die finanziellen Folgen der Coronapandemie die Möglichkeiten der Hochschulen einschränken würden. Kritikwürdig sei, dass die Forderung nach Verlängerung der Hochschulverträge um ein Jahr nicht umgesetzt worden sei. Dies sei von allen Hochschulen bis auf die ASH unterstützt worden und hätte sie finanziell abgesichert. Eine Verstetigung der Steigerung sei wünschenswert, aber die Fortschreibung der 3,5 Prozent Steigerung durch den Senat sei auch angesichts des möglichen Regierungswechsels unsicher.

Weitere Themen und Aufgaben für den Ausschuss seien der Investitionsbedarf, der entgegen der Absichten von 3,2 Mil. auf 5 Mil. Euro gestiegen sei, die Gesundheitsstadt 2030, das Deutsche Herzzentrum sowie die Verbesserung der Wohnungssituation der Studierenden. Beim Botanischen Garten gebe es dank des persönlichen Einsatzes des Regierenden Bürgermeisters gute Entwicklungen. Besorgnis gebe es bezüglich der künftigen Aufstellung der Wissenschaftsverwaltung. – Die von manchen Vorrednern vorgetragene Kritik am Bund sei unangebracht. Das Land Berlin habe durch den Status als Bundeshauptstadt profitiert und viele Entwicklungen seien nur durch die Bundesförderung möglich gewesen, etwa die Exzellenzinitiative sowie das BIH.

**Martin Trefzer** (AfD) unterstreicht, der Regierende Bürgermeister Müller habe sein Amt genutzt, um den Wissenschaftsstandort Berlin zu fördern. Die AfD habe das Prinzip der 3,5-prozentigen Steigerung sowie der Schwerpunktsetzung auf den Bereich Gesundheit/Medizin mitgetragen. Die praktizierte gute Zusammenarbeit zwischen einem AfD-Vorsitzenden und einem Wissenschaftssenator der SPD sei nicht selbstverständlich. – Inhaltlich habe sich seine Fraktion in der Legislaturperiode um die Sicherstellung guter wissenschaftlicher Praxis, Open Science und um die Freiheit von Wissenschaft und Forschung bemüht. Zum Thema Plagiatsfälle habe ein Besprechungspunkt der AfD zum Fall Giffey inhaltliche Anregungen gegeben, und das Thema sei auch in der Novelle des BerlHG mit einer Ombudsstelle aufgegriffen worden. In den Medien und der Wissenschaftscommunity werde auch die Replikationskrise diskutiert. Trotz der Forderung der EU-Kommission, die Ergebnisse klinischer Studien zu veröffentlichen, passiere das an der Charité nur in 3 Prozent der Fälle. Eine Abhilfe könne Open Science sein, das sich nun im BerlHG wiederfinde. Die Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit durch die verstärkt wahrnehmbare "Cancel Culture" an Berliner Hochschulen sei vom Senat jedoch nicht beachtet worden. Prof. Baberowski und Prof. Münkler seien prominente Beispiele von Professoren, die durch Studenten in ihrer Arbeit behindert oder bedroht würden. Das von über 500 Wissenschaftlern unterschriebene Manifest der Netzwerkstelle Wissenschaftsfreiheit verdeutlichte die wachsende Problematik. – Eine Frage sei, was der Stand zum Thema duales Studium und der vom Senat angeregten Arbeitsgruppe sowie der Gründung einer Landesagentur sei.

**Franziska Brychcy** (LINKE) pflichtet bei, die Arbeit der Wissenschaftsverwaltung sei vorbildhaft gewesen. – Es sei gelungen, beim Botanischen Garten durch die Einführung des TV-L prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu beenden. Das gelte ebenso für die studentischen

Mitarbeiter an Hochschulen. Die Herausforderung sei die Umsetzung, da sich manche Hochschulen dem auch mit Rechtsmitteln verweigerten. Auch die Kritik an der BerlHG-Novelle mit ihrem Anspruch, vermehrt unbefristete Stellen an Hochschulen zu schaffen, sei unverständlich. Gute Arbeitsbedingungen seien attraktiver.

Die Lehrkräftebildung sei vom Senat ebenfalls gut begleitet worden und habe Herausforderungen etwa an die Erhöhung der Absolventenzahlen, der Kapazität sowie der Qualitätssicherung gestellt. Dort gebe es für die kommende Legislaturperiode noch Anpassungsmöglichkeiten. Es gebe Forderungen, weitere Module zu Themen wie Nachhaltigkeit oder Medienbildung einzuführen. Auch eine Weiterentwicklung nach dem finnischen Modell mit seiner Verzahnung von Theorie und Praxis und Ausbildungsschulen sei möglich. Bei der Ausbildung von Quereinsteigern als Lehrkräfte müssten die Hochschulen besser eingebunden werden. Die Verbesserung der Lehrkräfteausbildung werde auch eine Aufgabe der Hochschulvertragsverhandlungen sein. – Das duale Studium sei ein Zukunftsmodell. Es gebe Bedarfe für duale Masterstudiengänge sowie für die öffentliche Verwaltung, und diese Studienform helfe auch Studierenden aus Nichtakademikerhaushalten. Eine Weiterentwicklung könne sein, die Lernorte besser mit den Betrieben zu verknüpfen.

**Catherina Pieroth-Manelli** (GRÜNE) merkt an, dass im Bereich Gesundheit die Translationsforschung sowie die Schaffung guter Arbeitsbedingungen in der Pflege die Zukunftsthemen seien. Mit dem Unimed-Gesetz sei es gelungen, einen Personal- und Pflegevorstand an der Charité einzurichten, was zeige, dass in Krankenhäusern und der Universitätsmedizin der Fokus nicht nur auf gute Betreuung, sondern auch auf gute Personalentwicklung und Ausbildung gelegt werden könne. Dazu sei im Koalitionsvertrag der Bildungscampus beschlossen worden, aber bisher kaum umgesetzt worden. Die Gelder des Programms Gesundheitsstadt 2030 müssten für die jungen Menschen, die einen Gesundheitsberuf erlernen wollten, genutzt werden. Dadurch, dass die Patientenversorgung überwiegend in Landeshand sei, könne Berlin als Hauptstadt ein Beispiel für andere Bundesländer sein und eine radikale Reform der Krankenhausfinanzierung anstoßen. Das Modellprojekt, das Vivantes im Zuge des Streiks vorschlagen habe, könne ein Modell sein. – Insgesamt habe die Koalition im Bereich Wissenschaft gut zusammengearbeitet.

**Stefan Förster** (FDP) erinnert, im Ausschuss seien vielfältige Themen behandelt worden. Das erste Jahr sei von Diskussionen zum Botanischen Garten und dem Campus Benjamin Franklin dominiert gewesen, danach habe der Ausschuss aber die Vielfalt des Wissenschaftsstandorts Berlin abgebildet. Mit der häufig besprochenen Charité seien Themen wie die Arbeitsbedingungen, Sanierungen und Erweiterungen mit neuen Campussen verbunden, die von einem Ausschuss kaum bewältigt werden könnten. Die weltweite Anerkennung der Charité rechtfertige auch, den Bund stärker in die Finanzierung einzubinden und auch gewisse Mитspracherechte einzuräumen. Eventuell könne der Regierende Bürgermeister in seiner neuen Tätigkeit im Bundestag darauf hinwirken.

Die Stärkung des Naturkundemuseums, in das in dieser Legislatur 600 Mio. Euro investiert worden seien, müsse auch in der nächsten Wahlperiode eine wichtige Aufgabe bleiben. Es sei deutschlandweit eines der wichtigsten Wissenschaftsmuseen mit einer exzellenten Wissenschaftsvermittlung, die vorangetrieben werden müsse. – In die baulichen Erweiterungen gerade der HAWs seien Investitionsmittel geflossen, aber das müsse auch mit einer Stärkung der Lehrqualität einhergehen. Die Zahl der Studienplätze könne nicht unbegrenzt wachsen, ohne

die Qualität der Lehre zu beeinträchtigen. – Insgesamt sei die Arbeit der Wissenschaftsverwaltung sowie des Ausschussbüros und der Referentinnen zu loben. Im Ausschuss sei viel erreicht worden.

**Regierender Bürgermeister Michael Müller** greift auf, dass es bei der Zusammenarbeit von Charité und Vivantes bei der Digitalisierung und der Ausbildungsplatzkapazitäten Erfolge gegeben habe, aber es gebe auch weiteres Potenzial. Um die Eigendynamik großer Institutionen zu bremsen, müsse die Politik steuernd eingreifen. – Die Organisation der Rückkehr in den Präsenzbetrieb sei an Hochschulen deutlich schwieriger als beim Schulbetrieb, da es Zehntausende Studierende und viele unterschiedliche Formate gebe. Veranstaltungen mit bis zu 40 Studierende könnten mit Hygienekonzepten und Luftreinigern abgesichert sein, darüber hinaus brauche es aber weiterhin Online- und Hybridformate. Die von Medien berichtete Zahl, dass 80 Prozent der Studierenden geimpft seien, müsse konservativ betrachtet werden. Da sich das nur auf die Teilnehmenden der Umfrage beziehe sei unklar, ob die anderen eine Impfung ablehnten oder nur kein Interesse an der Umfrage gehabt hätten.

Die Forderung nach mehr unbefristeten Stellen in der Wissenschaft im BerlHG müsse in dem Kontext gesehen werden, dass in anderen Bereichen sachgrundlose Befristungen generell abgelehnt würden und insbesondere junge Frauen, die immer noch zum Großteil Karriere und Familie vereinen müssten, unter den Befristungen litten. Wissenschaft lebe zwar vom Wechsel und neuen Arbeitssituationen, aber junge Menschen bräuchten auch eine Lebensperspektive. Dies sei gegenüber den organisatorischen und finanziellen Interessen der Hochschulen abgewogen worden und könne nach geraumer Zeit evaluiert werden. Es sei aber keine Option, die bisher praktizierten Arbeitsbedingungen weiter zu akzeptieren. – In Bezug auf das Thema der Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit im Ausland und in Deutschland müsse beachtet werden, dass es sich in dem einen Fall um staatliche Repressionen gegen kritische Wissenschaftler/-innen handle, im anderen um Fehler und Meinungskonflikte innerhalb der Hochschulen. Bei Zehntausenden Studierenden und Mitarbeitern seien Konflikte niemals auszuschließen und wenn Fehler passierten, greife die Politik ein.

**Staatssekretär Steffen Krach (SKzL)** bedankt sich, dass die Zusammenarbeit im Ausschuss stets gut und konstruktiv gewesen sei. Es sei zu wünschen, dass sich die Abgeordneten auch weiterhin so engagiert für die Berliner Wissenschaft einsetzten.

Der **Ausschuss** schließt den Besprechungspunkt ab.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

#### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.